

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei vierwöchiger Lieferung ins Haus 4.50 M., bei halbjähriger 21.75 M., bei Jahreslieferung 42.00 M. für Deutschland. Ausland 4.00 M., per Brief 13.00 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2505 und 2506.

Inserate fallen die abgesehen. Sonntagspreise ab, deren Raum einfließt. Einwerterpreis 3.00 M., bei 10 Zeilen 1.15 M., bei 20 Zeilen 2.30 M., bei 30 Zeilen 3.45 M., bei 40 Zeilen 4.60 M., bei 50 Zeilen 5.75 M., bei 60 Zeilen 6.90 M., bei 70 Zeilen 8.05 M., bei 80 Zeilen 9.20 M., bei 90 Zeilen 10.35 M., bei 100 Zeilen 11.50 M. Inverate sind den darauf stehenden Satz müssen spätestens am 3. Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben sein.

Anzeigen-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2505-06, 0768

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Verfahren gegen die Kriegsverbrecher

Vorbereitungen.

X. II. Berlin, 19. Februar.

Wie der Berliner Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ er-
teilt, wird der Oberstaatsanwalt Weigert heute aus Leipzig in
Berlin einreisen, um mit dem Reichsjustizminister Schiffer über
das vor dem Reichsgericht schwebende Verfahren wegen der Kriegs-
verbrechen und Kriegsvergehen sich auszusprechen und die Punkte
kurzzufassen, in denen Rückfragen notwendig sein dürften.

Entgegenkommen für Roste bei der Herab- setzung der deutschen Heeresstärke.

Rotterdam, 19. Februar.

Wie Reuters Rotterdamische Courant aus London vom 18.
schreibt, hat Lloyd George als Vorsitzender des Obersten
Rates einen Brief an den deutschen Geschäftsträger
Schaerer in London geschickt, in dem er schreibt, der Vor-
sitzende der Kontrollkommission in Berlin habe die Aufmerksamkeit
des Obersten Rates auf die Schweregefahren gelenkt, denen
die deutsche Regierung gegenüberstehe, wenn die Ver-
bündeten auf der genauen Ausführung von Artikel 100 des Ver-
sailleser Vertrages bestehen würden, in dem bestimmt wird, daß
höchstens am 31. März 1920 die gesamte Stärke des deut-
schen Heeres nicht größer als 100 000 Mann sein darf. Der
Brief Lloyd Georges sagt, daß man bei der Auffassung
dieses Artikels von der Voraussetzung ausgegangen war,
daß der Vertrag von Versailles viel früher in Kraft
treten werde. Der Oberste Rat hat beschlossen, zu gestatten, daß
die deutschen Streitkräfte am 10. April 1920, das heißt,
drei Monate nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages, auf
200 000 Mann herabgesetzt werden, und auf 100 000
Mann am 10. Juli.

Vorläufig keine Hilfe der Entente.

H. N. London, 19. Februar.

Die Times meldet aus Washington, daß Chamberlains Er-
klärung, daß die Hilfeleistung der Entente für Osteuropa so-
fort nach erfolgter Vereinerlichung beginnen werde, viel zu
optimistisch sei. Es könne Monate dauern, ehe die Ge-
sellschaft, 50 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen, im
Abgeordnetenhaus behandelt werde, und die Annahme sei durch-
aus fraglich.

Erfolge der Sowjettruppen.

X. II. Stockholm, 19. Februar. (Zettf. Ztg.)

Die Sowjettruppen sind in Nordrussland in starkem Vor-
dring. — Bei der Eroberung von Odesa erbeuteten die Bolsche-
wiken über 100 Geschütze, mehrere Panzerzüge, 46 Panzerautos
und zahlreiches sonstiges Kriegsmaterial. Außerdem nahmen sie
vier Generale, 200 Offiziere und 20 000 Mann gefangen.

Die Sowjetregierung wandte die zweite und siebente Armee
in Arbeitsscharen um. Die zweite wird die Anhebungs-
arbeiten an den südlichen Bahnen machen, die siebente bei Peters-
burg zur Arbeit in den Zett- und Brennstofflagern, zum Holz-
sägen und zum Brennstofftransport verwendet.

Die englisch-russischen Verhandlungen.

Kopenhagen, 18. Februar.

Der russische Sowjetvertreter Lwinoff möchte in der Hoff-
nung des Besiegers, daß die Verhandlungen mit den Bolschewiken
der russischen kooperativen Gesellschaften glatt verlaufen. Die
Verhandlungen betreffen namentlich die Lieferung von
Eisenbahnmateriale und landwirtschaftlichen
Maschinen. Rußland werde als Bezahlung Gold ausführen.
Die in Kopenhagen anwesenden Vertreter der oben genannten
Gesellschaften und ihre Vertreter in London und Paris werden
den Einkauf der genannten Waren sofort in die Wege leiten.

H. N. London, 19. Februar.

In einem Interview mit dem Chefredakteur des „Daily
Graphic“ erklärte der Sowjetvertreter Krassin, seine Regierung
bedürfe sofort 3000 Lokomotiven und 30 000 rollendes Ma-
teriale, wie es nur gebe, in Europa und Amerika zu kaufen und
es mit Gold oder Waren zu bezahlen.

Der Handel mit Rußland.

Wie englische Zeitungen mitteilen, werden sich am letzten
Mittwoch in der Sitzung des Obersten Rates die Vertreter von

Frankreich und Belgien gegen die Sendung von Ver-
tretern zur Verhandlung mit den russischen Genossenschaften
ausgesprochen. Dagegen vertrat Sir James Greenwood,
Chef der Abteilung für den überseeischen Handel, als Vertreter
Englands, die sofortige Aufnahme der Handels-
beziehungen, indem er darauf hinwies, daß das fort-
dauernde Wachsen der Preise und der Mangel an Rohstoffen in
den Weststaaten eine außerordentlich gefährliche Lage schaffen.
Der Oberste Wirtschaftsrat hat nach dieser Debatte den Beschluß
gefaßt, die Vertreter der russischen Genossenschaften in London
und Paris zu ermächtigen, beim Zentralrat in Moskau für die
Einreiseerlaubnis der Delegierten vorstellig zu werden.

Polen und Rußland.

Einer Äußerung des Ministerpräsidenten Skulski zu-
folge, die dieser beim Empfang der sozialdemokratischen Abgeord-
neten und der Delegierten der Berufsvereinigungen getan hat,
werden die Friedensvorschlüsse der Bolschewiken erst am Anfang
März beantwortet werden. Den späten Termin begründete
Skulski mit der Notwendigkeit, in dieser Frage eine Verständig-
ung mit den Ententestaaten herbeizuführen. In den Friedens-
verhandlungen sollen später auch Parteivertreter hinzugezogen
werden. Für die Friedensverhandlungen selbst soll das Prinzip
der Offenheit gewahrt werden.

Die polnische Telegraphen-Agentur vom 14. Februar ver-
breitet aus Warschau eine Wiener Pressemeldung, wonach die
bolschewistische Presse erkläre, daß Rußland gleich nach der Ein-
scheidung der Friedensverhandlungen mit Polen Eisen, Koh-
len und Fische in riesigen Mengen nach Polen werde liefern
können.

Ein Hilferuf der polnischen Revolutionäre.

Das in Wien erscheinende polnische Arbeiterblatt „Swit“
erläßt einen Aufruf an die Arbeiter der ganzen
Welt, der einen erschütternden Einblick in die Marter gewährt,
denen die Opfer der Reaktion in Polen ausgesetzt sind.

„In der polnischen Republik, heißt es in dem Aufruf, regiert
das Bajonett, die Knute und der Kerker.“

In der Hauptstadt schmachten hinter dem Gitter 250 poli-
tische Häftlinge Warschauer in den Gefängnissen.

In den Holsterkammern der Provinz verkommen 400 Ge-
nossen.

In den Gefangenenern um Krakau und Bialystok
werden Hunderte von Kameraden gefoltert.

In den Grenzstädten Wlana, Winski und Brest-
Litowsk schmachten weitere Hundert unserer Genossen
und Brüder.

Im Oktober, als die Strafexpeditionen die Agrarstreiks ge-
waltam unterdrückten, schleppte man 8000 Landarbeiter
ins Gefängnis.

Während der Untersuchung werden sie geschlagen, gefoltert.
Die Ausseher züchtigen sie mit Dornen und Eisenstaben, verge-
waltigen die Frauen, sie morden, erschlagen
und hängen die Gefangenen auf die Bajonette.

Die Zellen sind ungeheizt, die Nahrung gerabbezu eferregend.
Seuchen wüten in erschreckendem Maße unter den Gefangenen.

Die Urteile sind grausamer als sie unter dem Jaren waren.
Unter der Knute und dem Messer sterben in den Kerker die
Besten unserer Brüder, die Tapfersten, die Besten aus unseren
Reihen.

Aber von allen Morden ist die schrecklichste der Hunger. Die
Angehörigen der gefangenen Arbeiter und Arbeiterinnen können
ihnen nicht helfen, denn was kann ihnen das Proletariat eines
Landes bieten, in dem 1 1/2 Millionen arbeitslos sind. Die politi-
schen Organisationen sind nicht imstande, bei dem Elend der Ar-
beiterschaft und der unerhörten Teuerung zu helfen.

Der Hunger peiniget furchtbar den politischen Häftling in der
polnischen Republik. Raube und ausgiebige Hilfe tut not. Ein
flamender internationaler Proletarier Protest gegen den
Wund der polnischen Reaktion mit der Entente,
welche Polen mit Munition, Kommissarien und dem Scher-
tume versorgt, ist das Gebot der Stunde.“

Die Arbeiterschaft Polens erwartet die Hilfe seiner Klassen-
genossen in allen Ländern: Nun ist es vor allem Aufgabe des
mitteleuropäischen Proletariats, die Stimme für die baltischen Brüder
zu erheben und die polnische Regierung zur Menschlichkeit zu
zwingen. Das Proletariat Polens, das unerbittlich für den Frieden
mit Sowjetrußland kämpft, bedarf unserer materiellen Unter-
stützung. Sein Hilferuf wird nicht ungehört verfallen.

Die Linke in der tschechischen Sozialdemokratie.

Aus Prag wird uns geschrieben:

Die Radikalisierung der tschechischen Arbeiterklasse
hat innerhalb der sozialdemokratischen Partei zur Bildung
eines linken Flügels geführt, der sich in einer Konferenz
im Dezember 1919 ein Programm gegeben hat. Diese
Programmerkklärung liegt nun im Wortlaut vor.

Die Revolution hat die nationalen und sozialrecht-
lichen Wünsche des tschechischen Volkes erfüllt. Aus dem
zerfallenen Habsburgerreich entstand das Reich der heiligen
Krone, ein neuer Nationalitätenstaat, in dem die
tschechische Nation die Vorherrschaft besitzt. Dieser neu-
gebildete Staat bedeutet die Verneinung des Prinzips des
Selbstbestimmungsrechtes der Nationen. Denn nahezu die
Hälfte der Bevölkerung dieses Staates bilden Deutsche,
Slowaken, Polen, Ruthenen und Magyaren, die wider
ihren Willen, gewaltsam, in diesen Staat gezwungen wurden.
So waren die Keime der nationalen und sozialen Ver-
derben dieses Gemeinwesens am Tage seiner Geburt
gelegt.

Die tschechische Sozialdemokratie war schon seit mehr
als einem Jahrzehnt immer härter in die geistige Gefolgs-
chaft des nationalen Bürgertums geraten. Dies führte
zu einer Sprengung der internationalen Fraktion im
österreichischen Nationalitätenparlament und zu einer
Sprengung der internationalen Gewerkschaften im Habs-
burgerreich. Nun, als die tschechische Arbeiterklasse in
den Tagen des Umsturzes zur Mode kam, ihre historische
Funktion als die Vorkämpferin des revolutionären Bürger-
tums erfüllt hatte, vermochte sie sich den Folgen einer Re-
aktion nicht zu entziehen, der sie sich mehr als ein Jahrzehnt
hingegen hatte. Sie deckte die machungstüchtigen Ansprüche
des tschechischen Imperialismus auf die dreieinhalb
Millionen Sudetendeutsche, auf die hunderttausende Slowaken,
Polen, Ruthenen und Magyaren, und übernahm mit der
Verantwortung für die Politik der Repressalien, die gegen
die nichttschechischen Nationen ausgeübt wurden. Die Poli-
tik der tschechischen Sozialdemokratie entwarf sich immer
weiter von den Grundätzen der internationalen proletari-
en Solidarität und von den Grundätzen der proletarischen
Demokratie.

In den ersten Monaten nach dem Umsturze lebte das
tschechische Volk in eitel Zerkel über die Erfüllung seines
seit dem Jahre 1620 gehegten Traumes der nationalen Frei-
heit. Aber der Frieden von St. Germain, der die tschecho-
slowakische Republik als Siegerstaat deklarirte, vermochte
naturgemäß nur die Wünsche der imperialistischen Bour-
geoisie und nicht die Forderungen des sozialistischen Proletariats
zu erfüllen. Die ökonomischen und sozialen Folgen
des Weltkrieges wurden naturgemäß auch immer härter in
der tschechoslowakischen Republik. Auch dort, wie in allen Staa-
ten Europas, lebte eine wachsende Preissteigerung aller
Gebrauchsgüter, eine zunehmende Arbeitslosigkeit, ein un-
aushaltbarer Rückgang der Konsumkraft der tschechischen Arbeit-
er. Obgleich das Land wertvolle Kohlenbergwerke besitzt,
liegt die große Glas-, Porzellan- und Keramikindustrie des
Landes völlig darnieder, die hochentwickelte denkschöpferische
und müßige Textilindustrie ist schwer getroffen, das Ver-
kehrswesen des Reiches auf das schwerste zerstört. Auch
der tschechische Staat kämpft mit einem ungeheuren Pro-
duktions- und Staatsdefizit. Auch vom tschechischen Staat
lehren sich die osteuropäischen und amerikanischen Geld-
geber ab. So liegen auch über dem tschechischen Volk die
schweren Schatten des Niederknalls. Die proleta-
rische Gegenwirkung, die wachsende Unzufriedenheit und
Radikalisierung der Massen, trat mit naturgegebener Not-
wendigkeit ein.

Zu dem kam, daß die tschechische Politik als treue Ge-
wahrerin der verhassten habsburgischen Politik in Erbe-
nung trat. Das tschechische Volk wurde, das vor kurzen
der tschechischen Nationalerhebung vorgelegt wurde, ver-
ewigt das System des Militarismus der Habsburger. Es
begründet ein stehendes Heer von 150 000 Mann und unter-
wirft alle Angehörigen des Staates der unerbittlichen Diszi-
plin.

Wicht. In dem Weich findet sich, wie in der gesamten Politik dieses Staates, nicht eine Spur jener gewaltigen demokratischen und sozialen Weisheitswandlung, die sich in den letzten Monaten in Europa vollzogen hat. Es schafft mit diesem Weich ein Ebenbild jener verächtlichen L. u. T. Armee, wie es in seiner gesamten inneren Politik ein Ebenbild jenes verächtlichen schwarzgelben Staates geschaffen hat, das die Angehörigen aller Nationen dieses Nationalitätenstaates unterdrückt und in seine Dienste gepreßt hat. So erscheint nicht minder reaktionär die Nationalitätenpolitik der tschechoslowakischen Republik, die hunderte deutscher Volksschulen dem deutschen Volk in ihren Gemarkungen geschlossen, die jahrhundertalte deutsche Prager Hochschule einfach in tschechisches Eigentum überzuführen gewillt ist und jeden Protest der Deutschen gewaltsam niederdrückt.

In der Programmierung der tschechischen Linken, der sich eine Reihe bedeutender politischer Kreisorganisationen, darunter die des tschechischen Kohlenreviers Klubos, der tschechischen Sozialdemokratie angeschlossen haben, wird der Lieberdruck mit der opportunistischen Politik der Partei endlich sichtbar. Die Linke fordert die Rückkehr zum Klassenkampf, die Rückkehr zum Marxismus, die Rückkehr zu seinen Grundrissen, zu seinen Methoden; sie begehrt eine Politik der praktischen Folgerungen, die sich aus der geänderten Weltlage ergeben.

So gebietet das politische Bedürfnis des Klassenkampfes die Preisgabe der Koalitionspolitik; die Linke fordert daher den Austritt der sozialdemokratischen Minister aus dem Kabinett.

Die herrschende tschechische Regierung hat den Gedanken der Sozialisierung der Produktion überhaupt gar nicht erwogen. Die Linke stellt an die Spitze ihres Programms die entschädigungslose Sozialisierung der Gütererzeugung und des Güterausstausches.

Die Institution der Arbeiterräte wurde in der Tschechoslowakei in ihren Keimen erstickt. Die Linke fordert, daß zu den alten Machtmitteln des Proletariats, den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und dem Parlament die revolutionäre Waffe der Arbeiterräte treten solle. Sie fordert also die Schaffung und den Ausbau der Institution der Arbeiterräte. Sie anerkennt die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats „als die einzig denkbare Form der Eroberung und der Erhaltung der politischen Macht im Staate in der Zeit des Überganges“, und erwartet von der Aktion der Massen, geleitet von revolutionärer Disziplin, die wirksame Führung des Klassenkampfes.

Sie fordert aber, daß „der Gefahr, die dem Radikalismus der Neuhingekommenen entspringt, ebenso begegnet wird, wie der Gefahr der reaktionären Aufstachelung der indifferenteren Massen“. „Auch die proletarische Revolution muß ihre Strategie haben, denn sie ist Bedingungen unterworfen, welche nicht vom Willen einzelner abhängen, und die sich nicht durch Gewalt schaffen lassen.“ Die tschechische Sozialdemokratie hatte sich von der Internationale abgelehrt; sie gehört zwar der zweiten Internationale an, aber die proletarische Internationale in ihrem eigenen Staate hatte sie nicht verwirklicht. Die Linke fordert zunächst die Internationale im eigenen Hause, aber den Zusammenschluß der proletarischen Klassen aller Nationen in einer internationalen Fraktion. Sie erkennt, daß die zweite Internationale, die durch den Weltkrieg schwer erschüttert wurde, sich in Auflösung befindet, und fordert eine „Internationale der Tat“, die sich in der dritten Internationale verwirklicht findet und deren Anknüpfung sie erstrebt.

Diesen Kampf für eine strenge und überzeugungskäufere proletarische Politik aber hauptsächlich die Linke im Rahmen der Partei zu führen, die Parteinheit also zu wahren.

Das tschechische Proletariat hatte Seite an Seite mit dem Bürgerium für die nationale Befreiung gekämpft; es war also notgedrungen der Schildknappe der bürgerlich-nationalen Revolution. Diese Revolution ist beendet, die tschechische Nation ist von der Fremdherrschaft befreit, ihr

ist eine eigene Staatlichkeit gegeben. Die Kampfgenossenschaft der Bourgeoisie und des Proletariats überdauerte die historische Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes für ein gemeinsames Ziel. Nun aber erheben die Klassen gegenseitig immer dringender die Lösung dieser naturwidrigen Gemeinschaft. Die Programmierung der Linken in der tschechoslowakischen Sozialdemokratie ist der Sturmwind, der die Aufrollung der Klassenkämpfe auch in jenem Lande ankündigt.

Nationalistischer Größenwahn.

Die nationalistische Presse überschlägt sich täglich mit ihrer Forderung, die während des Krieges begangenen Verbrechen der Ehre zu entziehen. Nachdem die Entente von der Auslieferung der Schuldigen Abstand genommen hat, wollen die nationalistischen Kreise auch die Verhandlungen vor einem deutschen Gericht mit allen Mitteln verhindern. So schreibt die „Deutsche Zeitung“, das Organ der Schwerindustrie, in ihrer heutigen Morgenausgabe:

Wie liest man keinen deutschen Seejäger aus, wie lehnen es ab, deutsche Seejäger vor Gericht zu ziehen, auch wenn die Entente auf der Klausel über die Kontrolle nicht besteht? Wie verweigern aber ebenso die Behauptung von Verbrechen, soweit dieselbe nur auf Druck der Entente stattfinden soll, sofern nicht die Entente sich selbst bereit erklärt, dem deutschen Volke dieselben Rechte gegen die feindlichen Kriegsverbrecher zu verschaffen!

Die Nationalisten wollen also nicht nur die Untersuchung gegen deutsche Seejäger verhindern, sondern auch die Verurteilung von nachgewiesenen Verbrechen hintertreiben. Die „Wahrung der nationalen Ehre“ ist für sie gleichbedeutend mit dem Schutz von gemeinen Verbrechern. Wenn das deutsche Volk diesen Spuren folgen würde, hätte es das Gefühl für nationale Ehre und Würde völlig verloren. Denn gerade diese macht es notwendig, daß Verbrecher bestraft werden, ganz gleich, wie sich dabei die Gegenseite verhält.

Ein Heimkrieger.

Im „Reichboten“ macht ein gewisser Siegletschmidt, seines Reichens Professor, vor dem Volkswortausdruck „Heimkrieger“ einen sehr schmerzhaften Gebrauch. Seine erhabene Phantasie läßt ihn in den nächsten Wochen „Bestien in Menschengestalt“ sehen, die unsere Häuser überdauern und den Krieg in seiner schrecklichsten Form bis in unsere entlegenen Dörfer tragen. Er will zur Abwehr dieses Schreckgespenstes das deutsche Volk mit Besamensamen wachgerufen wissen. Alle sollen der Einwohnerwehr beitreten, das Heer auf mindestens 500 000 Mann gebracht werden und sogar die deutsche Frau soll sich „im Gebrauch der Waffen unterweisen lassen“. Der Herr Professor zweifelt aber daran, ob sein Ruf nach einer nationalistischen Erhebung gegen Ost und West den gewünschten Erfolg haben wird. Er ist von seinem Unvermögen überzeugt und ruft daher dem deutschen Volke zu, was er gerne tun möchte:

Feuerbrände möchte ich die in die Herzen schleudern!
Heiß durch mein Volk möcht ich sie senden
In jede Part, an jeden Ort,
Daß alles zu den Waffen fähre
Und rasend rief: Schäre, Schäre!
Wo ist der Kampf? Wir sind bereit!
Der Herr Professor beschweigt wohlweislich, ob er den von ihm ersehnten neuen Kampf selber mit durchsetzen will. Anschmeißend fällt er sich nur zum Schüren des Kampfes betruhen. Das Schlachten selber wird er wie die meisten seiner Kollegen den anderen überlassen.

Fortsetzung des Streiks in Solingen. Die drei Arbeitnennerverbände der Solinger Stahlwarenindustrie haben beschlossen, den Streik fortzusetzen, dagegen denjenigen Arbeitern zu gestatten, wieder zu arbeiten, deren die Unternehmer den für den Kollektivvertrag verlangten Lohnaufschlag von 25 Prozent oder einen Löhnerhöhungsschlag von 200 Prozent auf die Preisergelände gewähren.

Es ist Einstein gelungen, die Mathematik auf jene Höhen hinaufzuführen, die des Menschen Fuß bisher nur auf dem Wege philosophischer Spekulation erreichen konnte.

Vollsbühne.

„Ogges und sein Ring.“

Friedrich Heibel hat so manches Mal die Soudraffen gepöbeln. Wor es gelüftet hat doch immer wieder, an die „ewigen Gesetze“, an den „Schof der Welt“ zu rühren, wie es sein Kommandos tut. Dieser Kommandos, der der Welt seiner Tragödie „Ogges und sein Ring“ ist, steht seinem jugendhaften Vorbild mit wenig Ähnlich. Dort zeigt der Tyrann dem im Säckel gemach verachteten Griechenjüngling Omos die nackte Schönheit seines Schatzkammerknechtes. Beschleht die Welt des Mannes und beleidigte Scham der Frau stehen sich bei Heibel nur äußerlich gegenüber. Der Stolz auf den Reich, der den Reich der andern weand, genügt ihm nicht. Der Konflikt löst tiefer und rührt an letzte Schicksalstragen. Neue Liebe, die alles teilt und nach nichts jagt? Ein Abgrund tut sich auf und reißt den „Schuldigen“, der den Stein dabongeworfen, samt seinem Opfer hinein. Kommandos fällt von Ogges' Hand. Kommandos entleert sich selbst; die Schwach ist geföhnt, das Schwert hat gesprochen, die Vermunft verfällt ihr Haupt. Was haben uns allzu gedankenschwer begonnen, finkt, beach und uns fremd geworden, auf lange hinaus wieder zusammen.

Hat die dumpfgräberische, in ihren Irdischen Tellen hell aufklingende Dichtung den Besuchern der Vollsbühne gestern Herz und Seele gerührt? Sicher hat sie in ihrem strengen Wort und fast sakralen Wesige mehr Achtung als Liebe gewonnen. Manches dieser allzu feierlich genennenen Welt liegt uns schon fern. Die Aufführung (in einem schön illuminierten Bühnenrahmen nach Entwürfen von Karl Jakob Girsch) bemühte sich unter Guido Herzfelds Regie, den hohen Anforderungen der gesprochenen Tragödie gerecht zu werden. Aber Herr Stahl-Rachbaur selbst das jüdische Säuerweid, um sich des „schönen Spiels“ zu entledigen und das dunkle ernst und wahrhaftig gut zu durchleuchten. So wuchs sein Kommandos nicht in dem Maße, wie die Kommandos der Marx Dietrich, die erst zu kurz und ohne den Schimmer der Nichtigkeit in der vorletzten Szene sich zu tragischer Größe hob. Im Sterben schmolz sie zu wehrlos. Der Ogges des Herrn Günter Kadant war kein Grieche, aber ein Jüngling voll tapferen Geistes, der der Vorhaltung mehr zur Ehre gereichte als die verächtlich gelispelten Kommandos. Gut kann Herr Girsch die Kommandos.

Der Entlassungs-Skandal bei der Eisenbahn.

Wir erinnern aus Eisenbahnerkreisen folgende Zuschrift wiederholt wurde darauf hingewiesen, daß die Eisenbahnerverwaltung bei Schließungen von Werkstätten und Entlassungen von Arbeitern sich durchaus nicht von rein sachlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten hat leiten lassen. Es ist festgesetzt, daß selbst Werkstätten, die wirtschaftlich und produktiv gut gearbeitet haben, der Schließung anbeingefallen sind. Auf die offene Verzögerung des geübten Eisenbahner-Verbandes wurde ebenfalls aufmerksam gemacht. Bezeichnend ist, daß die Funktionäre dieses Verbandes in den geschlossenen Werkstätten ein und aus gingen und bei der Aufstellung der Listen der nieder einzustellenden Arbeiter offenbar ein gewichtiges Wort mitzureden hatten. Hat doch selbst der Bezirksvorsitzender Spanner vom A. E. B. (Allgemeiner Eisenbahner-Verband) sich damit gebrüht, daß er 45 Kollegen in Berlin I wieder hineingebracht, während man unsern Vertreter erklärte, daß die Liste der wieder einzustellenden schon erstellt sei. Es wurde ganz offen ausgesprochen, daß derjenige, der sich bereit erklärte, zum Allgemeinen Eisenbahner-Verband überzutreten, auf seine WiederEinstellung rechnen könnte, was nachweislich in Berlin II geschehen ist. Die Entlassungen wuchsen sich direkt zu einem Skandal aus. Alle freigewerkschaftlichen Funktionäre, auch solche, die nur bei der Gründung der Ortsgruppen mit Hand angelegt und sich später zurückgezogen, sind rekrus auf die Straße geseht. Der Kampf der Verwaltung richtet sich direkt gegen den Deutschen Eisenbahner-Verband. Daß dem so ist, hat ja selbst ein Regierungsrat zugegeben. Danach hat man sich nicht nur vom Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit leiten lassen, sondern auch alle, die sich hegerisch und agitatorisch betätigt haben, dürfen unter keinen Umständen wieder eingestellt werden.

Wir erlauben uns nun die beschriebene Anfrage, was man denn nun eigentlich unter „hegerisch“ und „agitatorisch“ versteht? Könnte man bei der Schließung von Berlin I und II noch nicht völlig klar sehen, so hat uns jetzt die Augen geöffnet. In Brunenwald, wo doch eine Steigerung der Arbeit zu verzeichnen war, haben die Funktionäre des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes durch gemeine Domination das Recht gesorgt, daß die historische Arbeitervertretung fast reiflos entlassen wurde. In Tempelhof ist genau so verfahren worden. Alle Eisenbahner, die unter Aufopferung ihrer Gesundheit vor und während des Krieges bei wenigem Lohn bis in die Nacht hinein gearbeitet haben, wird man jetzt hinaus. Leute, mit durchaus unzulänglichem Lohn, die ihre Jugend und die besten Kräfte der Verwaltung geopfert, den man nicht oft genug den Ausblick auf einen späteren besseren Lohn vor Augen hielt, liegen jetzt der öffentlichen Fürsorge zur Last. Hat man in der Verwaltung vergessen, daß jene Leute erst nach 18-20jähriger Tätigkeit ihren Vorkosten erreichen konnten. Hat man vergessen, wie oft diejenigen während des Krieges öffentlich gelobt, die man jetzt als faule Arbeiter auf die Straße wirft? So manch alter Eisenbahner wird verständnislos vor dem Keinen Zettel stehen, worin ihm von höchster Stelle der Dank des Volkes ausgedrückt wurde.

Wenn man jetzt den Eisenbahner ganz einfach kündigt und sofort auf ihre weitere Tätigkeit verzichtet, so ist das eine direkte Verhöhnung aller derjenigen, die in Aufopferung ihres Pflichtbewußtsein gekämpft haben. Ein Regierungsrat S. vom Werkstättenamt I sowie der Ingenieur S. vom selben Amt haben sich unseren Anklagen gegenüber geäuert: Ihre Entlassung erfolgte, weil Sie dreimal beim Streik festgenommen und Funktionäre des Deutschen Eisenbahner-Verbandes sind. Mit Ihrer Arbeitsleistung bin ich sehr zufrieden.

Es ist mehr als brutal, wenn man die Folgen der Materialvergrubung während des Krieges und die Fehler der Bureaukratie bei der Beschaffung von Werkzeug und Material, bei der Einstellung von Arbeitern und bei der Zusammenlegung der Schichten jetzt auf die Arbeiterschaft abwälzen will. Es ist doch wirklich lächerlich wenn nach am Sonntag, den 8. Februar der Direktionspräsident Wulff erklärte, denartige Zustände, wie sie in Berlin I und II passiert, würden nie in Tempelhof und Potsdam eintreten, das liegt nur an der Führung“ und heute

Die verweigerte Auslieferung.

In der Zeitschrift „Das Tagebuch“ wird folgende getragene Stelle aus Heinrich Heines „Ludwig Börne“ zitiert: „Auch keinen deutschen Kapitän würde ich an Frankreich abtreten“, rief er stark im Eifer des Gesprächs, als jemand bemerkte, daß Frankreich, der natürliche Repräsentant der Revolution, durch den Wiederbesitz der Rheinlande gestärkt werden müsse, um dem aristokratisch-absolutistischen Europa desto sicherer widerstehen zu können.

„Keinen Kapitän tret' ich ab“, rief Börne, im Zorn auf und ab stampfend, ganz gornig. „Es verhält sich“, bemerkte ein Dritter, „wir treten den Franzosen keinen Fußtritt Land vom deutschen Boden ab; aber wir sollen ihnen einige deutsche Landleute abtreten, deren wir allenfalls entbehren könnten. Was dächten Sie, wenn wir den Franzosen z. B. den Raumer und den Kottler abträtin?“ „Nein, nein, rief Börne, aus dem höchsten Horn in Loben übergehend, „auch nicht einmal den Raumer oder den Kottler tret' ich ab, die Kollektion wäre nicht mehr komplett, ich will Deutschland ganz behalten, wie es ist, mit seinen Blumen und seinen Dörfern, mit seinen Riesen und Högern... nein, auch die beiden Kapitän trete ich nicht ab!“

Nach der Revolution.

Die vielen Menschen, welche durch die letzte Revolution ihren Ehrgeiz und ihre Gabsucht befristet, wollen Ruhe und Frieden haben. Ruhe und Frieden! Ich glaub's wohl! Den wünsche jeder Raubvogel, die Beute nach Bequemlichkeit zu verzehren“ — läßt Goethe seinen Götz von Berlichingen sagen. (1831.)

In Berlin ist ein junger Referendar zu einjähriger Bestrafung verurteilt worden, weil er mehrere Artikel, die im Verborgenen über die preussische Regierung geschanden, ins Deutsche überlegte. Das Urteil lautet: Weil er versucht, die Regierung anzugreifen gegen die Regierung zu erregen. Jetzt ist es sogar ein Verbrechen, wenn einem die Regierung kein Verbrechen macht! Da müßte man die Regierungen zuerst einherren, dann diese verbreiten am meisten Verborgenen gegen sich selbst. (Aus Briefen von Ludwig Börne.) (1831.)

Ergebnisse Revolution. Der unter den tollsten Talenten Wiens als Schriftsteller und Vortragender berühmte Anton Ruch spricht am Freitag, 20. Februar, in der Begegnung Kurfürstendamm 222, über das Thema „Ergebnisse Revolution“. Der Jungmann „Rene Schuler“ hält am 21. Februar eine öffentliche Versammlung, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des „Gruenen Hofes“, Klosterstraße 74 ab. Referent: Dr. Ruch. (Aus Besprechungen von Rudolf.)

Liegen diese Fächer auf der Straße. Dafür ein
anderes Beispiel: Am 31. Januar 1920 erhielt der Arbeiterrat
aus Potsdam folgendes Schreiben:

Eisenbahnverwaltung, G. M. S. J. 2802, Berlin, den
30. Januar 1920. Die Preussische Staatsregierung hat Ihnen
unter dem 15. Dezember 1919 das Verbot für die
Rückführung der Eisenbahnarbeiten, der mich beauftragt hat, Ihnen seinen
Gedanken auszusprechen. Dem auch ich mich angeschlossen habe, über-
nehme ich geneigte Kenntnisnahme und das zugehörige Beschl.
Kugeln. ges. Wulf."

Der Fischlein an der Ostsee.

An der Ostsee ist es zwischen den Fischern und der übrigen
Bevölkerung zu einem Fischkrieg gekommen, der auch die Inter-
essen der großstädtlichen Konsumenten unangenehm berührt. Die Trade-
unionen der Fischer haben in den letzten Wochen die Konsumenten
darauf aufmerksam gemacht, dass ihre Verdienste innerhalb eines Monats
auf 7 bis 9 Millionen Mark geschätzt werden. Die Beamten und An-
gestellten der Lübeck-Wismarer Eisenbahn weigerten sich schließ-
lich weiter grüne Heringe zu transportieren, wenn nicht eine
bedeutende Herabsetzung der Preise erfolgte, was die Fischer
nicht darauf reagierte, wurden sämtliche Transporte abgelehnt.
Man greift das Landesverwaltungsamt ein und setzte
den Preis für grüne Heringe, der sich bis in die letzte Zeit
hinter auf 2,50 Mark bis 3,00 Mark pro Hund für die Fischerei-
industrie belief, auf 80 Pfennige für das Hund fest. Die
Verwaltungsbeamten haben hierauf ihrerseits die Transportpreise
wieder erhöht. Die jetzt gemeldet wird, hat die Trade-
union der Fischer-Gesellschaft nun mit der Einstellung ihrer
Lieferung an die Fischindustriellen gedroht. Daraufhin sind
in Travemünde 1000 Zentner für die Industrie beschlagnahmt
worden.

Dieser Fall ist ein Schulbeispiel dafür, wie unter dem
Einfluss des privaten Eigentums die Notlage der Konsumenten
sich täglich verschärft, während die von uns geforderte
Sozialisierung der Wirtschaft nicht nur den Ertrag der
Produktion wesentlich erhöhen würde, sondern auch solche un-
gerechtfertigten Preissteigerungen von vornherein unmöglich machen
würde.

Eine neue ungarische Sozialistenpartei. Die aus Budapest
ausgewanderten Sozialisten haben in Wien die
Partei der Emigranten gegründet. Der Vorsitzende
ist a. a. Emanuel Buchinger, Vorsitzender des Komitees
für die Emigration. Die Partei ist die Wochenzeitung "Der
Kämpfer" anzusehen, welche in Wien in ungarischer Sprache
erschient. Das Programm der Emigrantenpartei umfasst das Pro-
gramm der alten ungarischen Sozialistenpartei.

Die Interkontinentale Kommission für den Frieden mit Sowjet-
russland unter französischem Vorsitz ist am 1. Februar
in Genf in bezug auf die Nachprüfung der Auslieferung-
angelegenheit, hält Freitag ihre erste Sitzung ab.

Gewerkschaftliches.

Die Tarifbewegung der Versicherungsangestellten.
Am 18. Februar nahmen die Obliegen und Funktionäre der
Gewerkschaft der Versicherungsangestellten die
Arbeitgeber an. Der Vorsitzende, Herr Schmidt, gab
eine ausführliche Rede über die bisher geführten Verhand-
lungen. In einem Schreiben an das Reichsarbeitsministerium
hat der Arbeitgeberverband mitgeteilt, dass er das vom A. A. W.
angelegte Schiedsgericht nicht anerkenne. Die Unternehmer ver-
weigern, in den Betrieben die Angestellten zum Unter-
schreiben eines Verweises zu zwingen, in dem sie verlangen, die
Angestellten sollen den Tarifvertrag, den die Unternehmer mit
dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellter abgeschlossen
haben, anerkennen. Die Angestelltenvertreter konnten dem Schieds-
gericht gegenüber den Ratgeber erbringen, dass die Unter-
nehmer die Verweiserunterschriften damit erzwingen wollen, dass sie
sich mit den Bestimmungen des Tarifvertrages, sowie auch andere Zwangs-
maßnahmen erpressen.

In dem Schreiben an den Reichsarbeitsminister behaupten
die Arbeitgeber, dass der überwiegende Teil der Versicherungsangestellten sich zur
Unterzeichnung des Verweises bereit erklärt hat, damit aber zu er-
zwingen gegeben habe, dass für die Tarifverhandlungen er-
laubt ist. Der mit drei unparteiischen Vorsitzenden besetzte
Schiedsgericht hat bereits einen Vorwiderspruch niederge-
legt. In diesem wird gesagt, dass der Schiedsgerichtsbeschluss
den Verhandlungen nicht teilnehmen. Zur genauen Prüfung der
Verhältnisse sei es aber notwendig, dass festgestellt wird, wieviel
von den Angestellten bereits vorliegen. Diese Feststellung soll von
den Arbeitgebern und dem Reichsarbeitsminister gemacht werden.
Der Antrag der Angestelltenvertreter, eine amtliche Urabstim-
mung unter den Versicherungsangestellten darüber vorzunehmen,
wurde von den Arbeitgebern mit dem A. A. W. Tarifvertrag einverstanden
geklärt. Lebt der Schiedsgerichtsausschuss ab. Kollege
hat betonte, dass die Funktionäre alles daransetzen müssten,
die Kollegen von der Unterzeichnung des Verweises abzuhalten.
Es ist aber so, dass der Schiedsgerichtsausschuss
eine bestehende Verbesserung des A. A. W. Tarifs für die An-
gestellten bringen wird. Sollten die Unternehmer es zum Verweiser
machen und das Schiedsgericht nicht anerkennen, dann
werden sie es sich selbst leisten lassen, dass die Versicherungs-
angestellten bereit sind, durch scharfen Kampf die Anerkennung
des Schiedsgerichts zu erzwingen. Auch heute schon gelang
es, dass mit der Solidarität aller Anestellten zu rechnen ist.
In der Diskussion machten sich die Diskussionsredner den Stand-
punkt der Referenten zu eigen und nahm die Verammlung
eine Resolution an: Die in Gabelsberger versammelten
Gewerkschaften, Ausführenden, Delegierten und Vertrauensleute
werden die vom Arbeitgeberverband angebotene, gegen den
Verweiser bestehende Methode zur Erlangung der Verweiser-
unterschriften entschieden ab und halten nach wie vor zum Zentral-
ausschuss der Angestellten. Sie stellen fest, dass die große Mehr-
zahl der Angestellten in den Betrieben des A. A. W. Tarif und

die Unterzeichnung des Verweises nach wie vor ablehnt und an
den Forderungen des Zentralverbandes der Angestellten festhält."

Zum Streit der Rüstungsmacher.

Die Rüstungsmacher befinden sich seit dem 30. Januar im
Streit. Sie fordern 1 R. Feuerungsgulose pro Stunde,
das Preisbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen
und noch keine Kasse für den Arbeiter. Die Forderung von 1 R.
zu einer Nachfrage stempeln, denn nach den Verurteilungen einiger
Unternehmer sind sie ganz gut in der Lage, die Feuerungsgulose
zu zahlen.

Nachdem der berühmte Schiedsrichter für das Holzgewerbe,
das heißt für alle Gruppen, die den Reichsarbeitsrat anerkannt haben,
gefallen ist, möchten die Berliner Rüstungsmacher diesen Schieds-
richter auch für sich in Anspruch nehmen, da er viele Verschle-
chterungen bet. Lohnen enthält. Nun gehören die Herren aber dem
Verband der Deutschen Rüstungsmacher an, die den Reichsarbeitsrat
nicht anerkennen, in Grund und Boden verdammen. Es sind die
berühmten Schiedsrichter am Werk, die zur Zeit bestimmend auf
die Mitglieder einwirken und jede Regelung des Konflikts im
Rüstungsgewerbe unmöglich machen. Die betrauten Industrie
mag sich deshalb bei den Berliner Rüstungsmachern bedanken,
wenn sie keine Rüstung bekommt und dadurch der Verkauf ins
Erdreich kommt.

An die Berliner Arbeiterkassen richten wir die Bitte, uns in
unserem gerechtem Kampf zu unterstützen und sämtliche Arbeit,
die die Rüstungsbetriebe betrifft, als Streikarbeit zurückzuweisen.
Deutscher Holzgewerkschaftsverband, Zentralstelle Berlin.

Eine Nichtfeststellung.

Der Vorsitzende der Gewerkschaften Berlin des Zentralver-
bandes der Angestellten, Hugo Cohn, erwidert auf die Auf-
nahme folgender Zeilen:

Durch den nachträglichen Bericht der "Frei-Bl." über die
Delegierten-Versammlung des J. d. A. vom 28. Januar und
die Erwiderung in Nr. 87 des "Vorwärts" werde ich zu folgen-
den Darlegungen veranlasst:

In der letzten Delegiertenversammlung gab Vornmann
eine Erklärung im Namen der Opposition ab, die in einzelnen
Teilen eine unrichtige Darstellung der unermesslichen Vor-
kommnisse enthielt. Darauf nahm ich Veranlassung, den Be-
gang in folgender Form in die Erinnerung zurückzurufen:
Nachdem Franz Krüger in der Delegiertenversammlung
am 28. Januar seine Ausführungen beendet hatte, nahm
Hensel das Wort zur Geschäftsberichterstattung und sprach dabei,
nach rechts gewandt, von Sozialistenstellungen. Krüger, der in der
rechten Hand Augenbraue und Taschentuch hielt, griff mit
der linken Hand am Arm und frante erregt: "Wer
hat Sie angeheult?" Hensel, der vielleicht einen An-
griff befürchtete, schlug darauf Krüger ins Gesicht.

Die Nichtfeststellung der Parteiführung wurde wohl von den meisten
Anwesenden durch Aufmerksamkeit bedingt. Im Namen
seiner Freunde erklärte Krüger, dass er nach den
objektiven Ausführungen des Vorsitzenden darauf verzichte, weiter
auf die Sache einzugehen. Nach meiner Befragung aus-
drückte, dass dieser Zwischenfall nun erledigt sei und sprach die
Hoffnung aus, dass die Verhandlungen in Zukunft in sachlicher
Weise geführt werden.

Damit dürfte wohl nun für immer diese unerquickliche An-
gelegenheit erledigt sein.

Groß-Berlin.

Eine verunglückte Anklage.

Vor dem Landgericht I in Berlin hatte sich heute vormittag
der Vorsitzende des Internationalen Bundes der Arbeiter-
schaften und Hinterbliebenen, Karl Tiedt, wegen Verstoßes gegen
die Vorschriften des Verweises und Aufhebung zum
Angeklagten gegen die bestehenden Bestimmungen des Oberbefehls-
habers zu verantworten. Die Anklage wurde vom Staatsanwalt
Berlachs vertreten. Die Verhandlungen fanden unter Vorsitz
des Landgerichtsdirektors Rocco statt. Die Anklage wird dem
Angeklagten vor, am 29. August vorigen Jahres vor einer großen
Versammlung von Kriegsinvaliden, die nach einem voran-
gegangenen Demonstrationzug vor dem Palais des früheren Kaisers
Wilhelm I. stattfand, eine Anklage gehalten zu haben, wobei er
die Aufforderung an die Menge gerichtet haben soll, auf die
Straße zu gehen und zu demonstrieren. Der Angeklagte gibt an,
dass die Anklage gehalten zu haben. Er habe darauf hingewiesen,
dass infolge des Belagerungszustandes den Kriegsinvaliden das
Versammlungsgeld genommen worden sei, dass ihnen nun nichts
weiter übrig bleibe, als auf die Straße zu gehen. Er habe
dann aber die Menge aufgeföhrt, auseinanderzuweichen, da um
ja der Mord der Demonstration erreicht sei. Der größte Teil
des Demonstrationzuges sei seiner Aufforderung auch er-
folgt und nur ein kleiner Teil, der wahrscheinlich im Westen seinen
Wohnort hatte, sei in der Richtung nach dem Brandenburger Tor
in geschlossenem Zuge abgezogen.

Als Zeugen traten zwei Offiziere der Reichswehr auf. Beide
kannten aber keine bestimmten Angaben über den Inhalt der
Rede machen. Der erste Zeuge, Oberleutnant Knauth, gab an,
dass er nur Bruchstücke der Rede gehört habe, da er sich
binnen dem Umkreis habe, wo die Truppe bleibe, die er
weder die Aufforderung des Demonstrationzuges erheben habe.
Der Staatsanwalt verurteilte den Zeugen durch den Hin-
weis auf ein dienstliches Geheiß, dass er mit ihm gehabt
habe, eine den Zeugen betreffende Aussage zurückzuführen,
was ihm aber nicht gelang. Nach der zweiten Zeuge, Oberleutnant
Kreiser, d. Cornberg, konnte keine bestimmten Angaben über
den Inhalt der Rede machen und gab auf Verlangen des Vor-
sitzenden nur an, dass er den Eindruck gehabt habe, der An-
geklagte fordere zu etwas Unrechtem auf. Der Staatsanwalt
hat trotz dieser negativen Aussagen die Anklage aufrecht
und wies darauf hin, dass der Angeklagte bei dem An-
geklagten ein großes Versehen gemacht, und dass deshalb seine Worte
mehr Eindruck machten als die eines gewöhnlichen Menschen.
Von einer Freiheitsstrafe sei aber abzusehen und er beantragte
eine Geldstrafe von 200 Mark.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld,
wies zunächst darauf hin, dass dieser Vorwurf vom Standpunkt der
Rechtswissenschaft aus etwas ganz Unrechtes sei. Der Angeklagte
sei wegen desselben Verstoßes schon zweimal
bestraft worden. Das erste Mal ist er sechs Wochen lang in
Schubhaft genommen worden. Dann ist er dem außerordentlichen
Kriegsgericht wegen Teilnahme an einem unerlaubten öffent-
lichen Aufzuge zu 4 Wochen Haft verurteilt worden und nun soll
er zum drittenmal wegen Aufhebung zum Unrechtem verurteilt
werden. Den Arbeiter- und Hinterbliebenen waren Versammlungen
unmöglich gemacht worden und es ist eine alte Erfahrung, dass Be-
weiser, die man mundtot macht, sich auf irgendeine Art doch
durchzusetzen suchen. Unmöglich sei auch das Verbot des
Staatsanwalts, der ein dienstliches Geheiß mit einem An-
geklagten gegen den Angeklagten zu verwenden suche. Die An-
wesenheit hätten nicht den geringsten Beweis für die Schuld des
Angeklagten erbracht. Er beantragte deshalb dessen Freisprechung.
Der Angeklagte wies in seinem Schlusswort darauf hin, dass
auch in den Kreisen der anderen Arbeiter- und Hinterbliebenen
Verwirrung über diese Anklage bestehe. Von dieser Seite
seien zwar die Demonstrationen im August noch nicht ab-
gebrochen, aber heute habe man auch dort auf dem Standpunkt

dass den Kriegsinvaliden nichts anderes übrig bleibe, um ihr
Not und ihr Elend der Öffentlichkeit zu zeigen.

Nach kurzer Beratung verurteilte der Vorsitzende folgendes
Urteil: Der § 10 des Strafgesetzbuches verlangt eine klare Auf-
forderung zum Verstoß gegen Geheiß. Eine solche klare Auf-
forderung ist nicht nachgewiesen worden. Der Angeklagte ist
deshalb freigesprochen und die Kosten sind der Staatskasse
auferlegt worden.

Kinovorführung für die Metallarbeiterjugend.

Das, was am vorigen Abend von der Jugendabteilung des
Metallarbeiterverbandes im Gewerkschaftshaus geboten wurde, ist
in jeder Beziehung als vorbildlich zu bezeichnen. Es war prak-
tische Arbeit auf dem Gebiete der Kinoreform. Und darauf
kommt es an. Man mag noch so viel über Schundfilme schimpfen,
Protokollversammlungen abhalten, Erfolge werden nur dann erzielt
werden, wenn man dem Publikum zeigt, was an die Stelle der
Schundromane gesetzt werden kann. — Der große Saal des
Gewerkschaftshauses war bis auf den letzten Platz mit Zehntausenden
beiderlei Geschlechts gefüllt, welche mit höchlichem Interesse den
Darbietungen auf der Leinwand, welche Herr Dr. Köhler
von der Kulturabteilung der Ufa erdientete, folgten.
Das Programm war geschickt gewählt, es gab einen längeren
Klim von der Hofkammermusik bis zur Eisenherzeugung und
Herstellung der Eisenlampe. Es folgten interessante Bilder aus
dem Reiche der Naturwissenschaften: Der Morde, Wasser, Luft,
Schnee, dann Abraham in Afrika, Ektur und als Abschluss
die neueste Erfindung, die Perilupe, die es ermöglicht, statt
der bisher erzielten 16 Aufnahmen in der Sekunde 20 zu geben,
d. h. die Bewegungen in einer ganz einfachen Vorführung zu
zeigen. Eine rege Diskussion setzte zwischen dem zweiten und
dritten Teil ein, die an den Wunsch ansetzte, derartige Vor-
führungen häufiger stattfinden zu lassen, um dadurch die Jugend
für den Kampf gegen das Schund Kino zu gewinnen. Wir können
uns dem nur anklücken, und hoffen, dass wenn die Gewerks-
schaften, wie es aus den Reden verschiedener Organisations-
vertreter herauskam, dieser Sache ihre ganze Aufmerksamkeit
zuwenden, die Arbeit auch von Erfolg gekrönt wird.

Massenabhängigkeiten von Magistratsbehörden sind dieser
Tage erfolgt. Diese Maßnahme wird begründet, dass viele Hilfs-
kräfte überflüssig sind. Es ist nun kaum etwas davon einzu-
wenden, wenn die Stadt nicht überflüssigerweise Personal beschä-
tigt, wenn es nicht nötig ist. Dieser Auffassung ist auch der
generale Ausschuss. Nur darf dabei nicht die Mithilfe der
Hilfskräfte außer Acht gelassen werden. Dadurch ereignet es sich,
dass Leute bleiben, die in finanzieller Beziehung auf das Gebiet
keine Tätigkeit entfalten werden. Solche Vorkommnisse müssen so-
fort geprüft und abgestellt werden. Es werden ferner Klagen ge-
führt, dass ganze Familien Heimarbeit nach Hause nehmen. Noch
eine Reihe andere Klagen werden erhoben. Es ist selbstver-
ständlich, dass diesen Klagen ernsthaft nachgegangen wird und dass sie
abgestellt werden.

Eine Anklage wegen Mordes wurde gegen die Ehefrau des
verstorbenen Großschlachtermehlers Hoenke und den Kaufmann
Krause gegen vor dem Schwurgericht am Landgericht I
erhoben. Frau Hoenke war beschuldigt, bei einer Neujahrsfeier
in einem Lokal ihrem Mann Phosphor in den Sekt erlen zu haben.
Die Frauen, die der verdächtige Ehemann einnahm, im Café
Scandinavia beigemohnt hatten, bezeugten, dass der Groß-
schlachtermehler Hoenke sofort nach dem Sektgenuss vorüber kam,
als ob er schliefte. Man trug ihn in eine Droschke und brachte
ihn nach Hause. Eine Zeugin nahm während der Fahrt wegen
des beschränkten Raumes auf seinem Schoß Platz, ohne dass
jemand merkte, dass ein Feter im Wagen lag. Die in der Ver-
handlung vernommenen Zeugen teilten sich in zwei Lager: die
eine Partei stellte der Frau Hoenke ein gutes, die andere ein
schlechtes Zeugnis aus. Der Staatsanwalt erbat die Ge-
schworenen, die Schuldfrage hinsichtlich des Mordes zu ver-
neinen, jedoch Frau Hoenke des Mordes schuldig zu sprechen.
Der Verteidiger, Rechtsanwalt Vahn, beantragte die Freisprechung
beider Angeklagten, da die Mithilfe vorläge, dass Hoenke aus
Gram über die gerichtete Ehe Selbstmord begangen hätte. Die
Geschworenen kamen nach kurzer Beratung zu einem "Nicht-
schuldig", worauf die Freisprechung der Angeklagten erfolgte.

Die Kartenkontrollen spielen eine Schwindlerin, die es auf
Lebensmittelkarten abgesehen hat. Ein Mädchen von etwa 25
Jahren besucht harmlose Leute und spielt ihnen vor, dass sie
vom Magistrat komme, um die Lebensmittelkarten zu kontrolle-
ren. Sie lässt sich alle der Familie geben und erklärt dann, dass
sie gegen andere umgetauscht werden müssen. Sie nimmt die
Karten auch gleich mit. Um die Leute ganz sicher zu machen,
lässt sie vor, ihr ein Kind mitzugeben, das die einmündigen
Karten gleich nach Hause bringen könne. Mit dem Kinde geht
dann die Schwindlerin fort und aber durch einige Strafen,
da sie Gelegenheiten findet, es zu versehen. Die Schwindlerin,
die auf diese Weise schon viele Karten erbeutet hat, ist 1,62
Meter groß, hat schwarzes Haar, ein längliches, blaues Gesicht,
aufgeworfene Lippen und eine auffallend tiefe Stimme und trägt
meist einen blauen Wimper mit Pelztragen und einen grauen
Hut.

Wegen gestohlen In der Nacht vom 17. zum 18. d. M.
wurde von dem Grundbesitzer Friedrichshofer Straße 37 ein grün
angestrichener vieredriger Kastenwagen gestohlen. Derselbe
trug die Firma: Käthe Gwynner, Berlin O., Friedrichshofer
Straße 37. Am rechten Hinterrad fehlt der Ring. Wiederbringer
erhält Belohnung.

Staatsanwalt in Potsdam. Am Montag, den 23. d. M.,
findet die 2. Aufführung des Schauspiels in der "Neuen
Welt", Gassenstraße, statt. Zur Aufführung gelangt "Mata-
hara" von Jessing, mit Otto Sommerhoff, Max Pohl,
Martha Gullin, Hildegard Steinle in den Hauptrollen. Die
Aufführung von Hebbels "Maria Magdalena" am 9. Fe-
bruar war ebenfalls aufgeführt und bedeutete einen glän-
zenden Erfolg. Eintrittskarten zum Preise von 2,50 Mark einschließlich
Garderobe und Programm sind wieder in den Freiheitsplatz
Reckstraße 3 und Emlerstraße 32 zu haben.

Lebensmittelkatalog.

Stell. Zur Behebung von Mangel im Publikum betr. Neu-
legung der Kundenliste in den Erhöhten Geschäften wird darauf auf-
merksam gemacht, dass durch die neuartige Kennzeichnung der Ge-
schäftsbetriebe der Konsumvereins-Kaufstellen in Berlin-Wilm nicht
berührt wird, dass der Konsumverein vielmehr seine Kunden wie bis-
her besser. Eine Neuauflage in die Kundenliste nach der Ver-
kennung am 12. Februar 1920 kommt für die Konsumvereins-
mitglieder daher nicht in Frage.

Reisendebrief. Auf die Februarabteilung der Kinderkassen ge-
langten am 20. Feb. in den amtlichen Verkaufsstellen und den Ver-
kaufsstellen der Konsumvereins-Kaufstellen folgende Waren zur
Abgabe: Paris W: 1 Pfd. Gerstentrock (1,20 M.), 4 Pakete Zwieback
à 50 Pf., 3 Pakete Milchsuppe à 25 Pf., Paris W: 1 Pfd. Gersten-
mehl (65 Pf.), 3 Pakete Reis à 20 Pf., 3 Pakete Milchsuppe
à 25 Pf., Paris W: 1 Pfd. Gerstentrock (1,20 M.), 3 Pakete Reis
à 20 Pf., 3 Pakete Milchsuppe à 25 Pf.

Gründungsfeier. Die Ausgabe der Erbschaften für die Zeit vom 23. Fe-
bruar bis 21. März findet statt am Freitag, den 20. Februar: von
8-10 vorm. (Katholische und Straße 30), 10-11 vorm.
(Evangelische), 11-12 vorm. (Synagoge), 12-1 vorm.
(Park- und Altes Rathaus), 1-2 vorm. (Königsplatz); am
Sonnabend, den 21. Februar: von 8-9 vorm. (Evangelische),
9-10 vorm. (Katholische und Altes Rathaus), 10-11 vorm. (Syna-
goge) und 11-12 vorm. (Park- und Altes Rathaus), 1-2 vorm.
(Königsplatz); am Sonntag, den 22. Februar: von 1-2 vorm.
(Katholische und Altes Rathaus), 2-3 vorm. (Evangelische),
3-4 vorm. (Synagoge) und 4-5 vorm. (Park- und Altes Rathaus).

Wittman, von Freitag, den 20. Februar d. J., ob werden zu ...

Aus den Organisationen.

Das Ergebnis der Wahl für die Sekretäre. Die am letzten Jahrsabend vorgenommene Wahl für ...

1. Bezirk. Heute abend Freitagabend um 7 Uhr bei ...

1. Bezirk. Heute abend Freitagabend um 7 Uhr bei ...

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscherarbeiter Deutschlands.

Alte Zahngebisse Platin, Brennpitzen, Kontakto, Tiegel usw.

Für Moabit, Heidestraße, Botenfrauen werden noch eingestellt.

Kupfer Messing Zinn Sämtl. Metalle Quecksilber Platin Gold-, Silber-, Abfälle Zahngebisse

Spiralbohrer Werkzeuge jeden Posten kauft

Verlagsgenossenschaft 'Freiheit' e. G. m. b. H. Abtlg. Buchhandel, Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Kupfer 21.- Messing 12.20

Messing 14.50 H. Kupfer 24.00 M.

Blei Zinn! Weißmetall!

U.S.P.D. Schneiderei Sonntag, den 15. Februar

Handwagen mit und ohne Federn zu billigsten Preisen.

+ Haut-, Harn-, Geschlechts- Unterleibsleiden bei Männern und Frauen

KLEINE ANZEIGEN

Verkaufe Gärtnerehaus Fried Prinzstraße vierundachtzig, am Moritzplatz.

Einmalige Gelegenheits- Güte und letzte Stöße für Herren und Damen.

Schlafzimmer, Küchen, alle Arten Möbel billig.

Metalle bedeutende Preiserhöhung! Platin, Zahngebisse, Zahn 8 bis 23 M.

Kaufe Frau's Malerarbeiten, Bredelle, Rosenwäcker, Steinarz auch kleine Posten.

Werkzeuge und Maschinen Kugelbohrer, Bohrmaschinen

Spiralbohrer, Felten, Magnet, Verdrähter, Lichtsyno

Spiralbohrer, Felten, Magnet, Verdrähter, Lichtsyno

Spezialangebot zu ganz anderen billigen Preisen, erstklassige blaue und gemusterte Jackettaschen.

Möbel Chaiselongues, Kühle, Ankleiderstühle, verschiedene, einzeln, Umbauten.

Kaufgesuche Kupfer, Messing, Zinn, Diele, Bronze und Aluminium

Metallankauf Kupfer, Messing, Zinn, Diele, Bronze und Aluminium

Kaufe Frau's Malerarbeiten, Bredelle, Rosenwäcker, Steinarz auch kleine Posten.

Werkzeuge und Maschinen Kugelbohrer, Bohrmaschinen

Spiralbohrer, Felten, Magnet, Verdrähter, Lichtsyno

Spiralbohrer, Felten, Magnet, Verdrähter, Lichtsyno

Der richtige Weg für Angebot und Nachfrage sind die kleinen Anzeigen der Abend-'Freiheit'